

ehemaligen deutschen Ostgebiete im heutigen Polen und der veränderten Grundlage der Politik der Vertriebenenverbände Bezug genommen hätten. Die komprimierten, manchmal allzu gestrafften Darstellungen des Sammelbandes dokumentieren den aktuellen Stand der Flüchtlingsforschung an ausgewählten Beispielen und stehen für das Desiderat interdisziplinärer Methoden.

In seiner kurzen Einführung spannt Klaus J. Bade den Bogen der ineinandergreifenden Wanderungsbewegungen von der dauerhaften Immigration der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der DDR-Flüchtlinge über die Zu- und Abwanderungen der ausländischen Arbeitskräfte bis zu den Aus- und Übersiedlerströmen unserer Tage, wobei er betont, daß fast ein Drittel der Wohnbevölkerung in der BRD auf Zuwanderungen seit 1945 zurückzuführen ist. Unter den Industrienationen weist keine eine vergleichbare Entwicklung auf. Umso paradoxer erscheint es, daß sich die Bundesrepublik angesichts einer permanenten Einwanderungssituation noch immer nicht zu einem Einwanderungsland bekennen möchte.

Volker Ackermann verfolgt in seinem Beitrag die Spuren eines mehrdeutigen Integrationsbegriffs, der in der Anfangsphase die materielle Versorgung und soziale Gleichstellung der Flüchtlinge beinhaltete. Zielsetzung eines großangelegten Forschungsprojekts beim Bundesvertriebenenministerium Ende der 50er Jahre war es, die Integration der Flüchtlinge – vor allem gegenüber dem Ausland – als nicht übermäßig gelungen erscheinen, um die Option auf die alte Heimat im Osten nicht unglaubwürdig werden zu lassen. Inwieweit die volkswirtschaftlichen Vorteile der Zuwanderung für die westdeutsche Wirtschaft auch den Betroffenen selbst zugute kamen, die sich an den Einheimischen, nicht – wie Ackermann glaubt – an dem zurückliegenden Lebensstandard maßen, bleibt unbeantwortet. Interessant wäre es auch gewesen, der Frage nachzugehen, ob die von den Forschern kolportierte Vorstellungswelt, ein Konglomerat aus Antikommunismus und verhinderter Integration, gepaart mit der Fortführung der unsäglichen Deutschtumspolitik im Ausland der 20er und 30er Jahre, ein Sammelbecken für latente Fremdenfeindlichkeit abgab. Unter Vermeidung des Integrationsbegriffs konnte so die Bewahrung kultureller Autonomie, staatlich unterstützt und liberal-konservativ begründet, der kollektivistisch denunzierten Assimilation, wie in der DDR verfolgt, entgegengesetzt werden. Ackermann kommt zu dem Schluß, daß der Integrationsbegriff immer noch unbestimmbar ambivalent ist und bleiben muß, auch wenn die neuere Forschung von einem komplexen Strukturprozeß ausgeht und die Problematik ungleicher Startchancen einbezieht. Am schwersten zu messen sei aber die kulturelle Integration, die einen wechselseitigen Prozeß der Beeinflussung beinhalten sollte.

Uwe Kleinert setzt sich in seinem Aufsatz mit den Flüchtlingen als Arbeitskräfte auseinander, wobei er im Gegensatz zu den offiziellen zeitgenössischen Darstellungen zu dem Ergebnis kommt, daß die Flüchtlinge angesichts des gravierenden Arbeitskräftemangels – langfristig gesehen – ein bedeutendes Arbeitskräftereservoir boten. Hindernisse vor der Währungsreform wie Wohnungsknappheit, gesundheitlich und ernährungsbedingt geminderte Arbeitsleistung, fehlgeleiteter Arbeitskräfteeinsatz etc. schränkten diese vorteilhafte Perspektive jedoch ein, ja in der Flüchtlingsverwaltung stieß diese auf völliges Unverständnis, weil dort noch ganz im NS-Jargon „Arbeits scheue“ und „Asoziale“, also das Flüchtlingsproblem, einer „Endlösung“ zugeführt werden sollte. Auch DDR-Flüchtlinge waren – wie heute offiziöse Rückblicke gerne glauben machen wollen – anfänglich keineswegs mit offenen Armen empfangen worden, interessierte doch fast ausschließlich ihr Arbeitsvermögen, dem das jahrelange Lagerleben abträglich war. Nordrhein-Westfalen, an der Schwelle zu den 50er Jahren weit weniger von Arbeitslosigkeit betroffen (überproportional daran beteiligt jedoch die Flüchtlinge), erwies sich bald als schier unerschöpfliches Aufnahmeland, so daß die mobilen Flüchtlinge, leistungsbereit, oft für niedrigeren Lohn und unter schlechteren Arbeitsbedingungen in Industrie und Landwirtschaft immer mehr Zuspruch fanden. Wohnungsbau und gelenkte Umsiedlung kanalisiert die Flüchtlingsbewegungen und dienten als flankierende Maßnahmen der arbeitsmarktpolitischen Eingliederung. Daneben verbesserte die Zuwanderung qualifizierter DDR-Flüchtlinge entscheidend das Wirtschaftspotential Nordrhein-Westfalens und ermöglichte durch die soziale Unterschichtung auch den einheimischen Arbeitskräften Aufstiegschancen.

---

Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler. Mit Beiträgen von Klaus J. Bade, Volker Ackermann, Uwe Kleinert, Johannes-Dieter Steinert, Rainer Schulze. Hrsg. von Klaus J. Bade. Westfälischer Heimatbund, Münster 1990. 160 S. kart. 14,80 DM.

Der schmale Band enthält drei der vier Vorträge, die anlässlich einer Tagung des Westfalentags im September 1989 in Gütersloh gehalten und nachträglich überarbeitet wurden, sowie zwei neu hinzugefügte Beiträge. Umrahmt wird die Aufsatzsammlung von zwei weiteren des Herausgebers, der sich seit Jahren mit der historischen Migrationsforschung beschäftigt. Aufgrund dieser Ausgangsbedingungen läßt sich vermutlich erklären, warum die Beiträge etwas merkwürdig nebeneinander stehen bleiben. Schon der Tagungszeitpunkt markiert aber ein denkbar schwieriges Unterfangen, mitten in der Umwälzungsperiode der DDR ein derart schnell sich wandelndes Thema in einer Veröffentlichung zu behandeln. Deshalb reagiert der Herausgeber im Nachwort auf die aktuellen Ereignisse. Man hätte sich aber insgesamt gewünscht, daß die Aufsätze und ihre Fragestellungen mehr auf die gegenwärtige Perspektive des vereinigten Deutschlands, insbesondere im Hinblick auf den Ausschluß der

Bisher ist nur wenig über die Kanalisierungsversuche von Flüchtlingsströmen zur Rückwanderung aus Osteuropa nach Deutschland unter dem Nationalsozialismus seit 1944 bekannt. Auch Johannes Dieter Steinert geht darauf in seinen Ausführungen über die organisierten Flüchtlingsinteressen leider nicht ein. Er kennzeichnet die Lage im Westen zu Beginn des organisierten Flüchtlingstransfers durch eine große Furcht der Besatzungsmächte über die unsichere politische Mentalität der Ankommenden, ihre zweifelhafte Integrierbarkeit, ihre Ansprüche an politisch-administrative Rahmenbedingungen und den daraus resultierenden Folgeerscheinungen für den Demokratisierungsprozeß. Beschränkten sich die Flüchtlingsvereinigungen in der britischen Zone auf sozial-karitative Selbsthilfearbeit, griffen sie in der amerikanischen Zone darüber hinaus auch nach hoheitlichen Aufgaben und übten eine Brückenfunktion gegenüber den Auslandsdeutschen aus. Als Reaktion darauf stellten beide Besatzungsmächte die Flüchtlingsvereinigungen unter politische Quarantäne zur Verhinderung neuer Minoritäten, boten ihnen lediglich ein Ventil unbestimmter institutionalisierter Berater-tätigkeit an oder drängten sie zu den lizenzierten politischen Parteien ab. Steinerts knappe Darlegungen enden mit dem Jahr 1949, so daß kein Vergleich mit der politischen Konjunktur der Vertriebenen-bände in den Folgejahrzehnten gezogen werden kann.

Rainer Schulz analysiert am Beispiel des Landkreises Celle das Zusammenleben von Einheimischen und Flüchtlingen anhand einer zwischen 1946 bis 1949 aufgezeichneten, einmaligen Sammlung von Lebensberichten. Im Gegensatz zur großstädtischen Situation traten deutlicher soziale Spannungen und vorurteilsbeladene Ablehnungen des fremden Anderen durch die beengten Lebensverhältnisse im traditionsgeprägten ländlichen Milieu zu Tage. Die Einheimischen – noch unter dem Eindruck des NS-Propaganda – äußerten Angst vor einer kulturellen Überformung und personellen Überfremdung, während die Flüchtlinge enttäuscht über die mangelnde Anerkennung ihres schweren Schicksals waren und sich zurücksehnten nach dem „verlorenen Paradies“ ihrer Heimat, wo sie ihr eigener Herr auf ihrer Scholle waren. Ulrich Tolksdorf stellt in seinem kulturwissenschaftlichen Ansatz ein idealtypisches, generationsübergreifendes 6-Phasen-Modell der kulturellen Integration dar, das ausgehend vom Kulturschock über das Spannungsverhältnis Kulturkontakt/-konflikt bis zur wechselseitigen Akkulturation bzw. Bewahrung der Identität reicht.

Klaus J. Bade zeichnet das Schicksal der Aussiedler aus Polen, der Sowjetunion und Rumänien nach, die unter den Racheakten wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern zu leiden hatten, aber auch in der darauffolgenden Phase einer gewissen Normalisierung nicht zu einer kulturellen Identität finden konnten. Ob das Hauptmotiv der Aussiedler ökonomischer Natur ist, oder – wie Bade meint – überwiegend in der „mehr oder minder stark ausgeprägten Unterdrückung“ als kultureller Minderheit zu suchen ist, bleibt zukünftiger Forschung vorbehalten. Jedenfalls verliefen die bisherigen Ausreisewellen meist panikartig und mit großer Sogwirkung, so daß den Verbliebenen die Lebensumstände noch weiter erschwert wurden. Die materiellen Verlockungen des Westens täuschen aber über die enormen psychosozialen Eingewöhnungsprobleme der „Deutschen unter Deutschen“ hinweg, die sich noch über eine lange Zeit fremd in der neuen Heimat fühlen werden. Bade warnt daher vor kurzfristigen erwerbsstrukturellen Vorteilen aus den Zuwanderungen, die das ‚soziale Pulverfaß‘ Bundesrepublik vergessen lassen. In seinem Schlußplädoyer für eine ganzheitliche Sicht fordert er ein Bundesamt für Migration und Integration sowie ein angegliedertes Forschungsinstitut „als Brücke zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik“. Diese unterstützenswerte Forderung könnte bei den mit sich selbst beschäftigten Deutschen mehr Verständnis für fremde und fremdländische Kulturen und Volksgruppen wecken, das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft fördern helfen und würde entgegenwirken, die Neubundesrepublik in einer Art ‚sozialem Nationalismus‘ zu einer Wohlstandsfestung gegen osteuropäische Immigranten auszubauen. Außerdem würde sie der Legendenbildung an der Wiege der neuen Republik den Boden entziehen, die Umsiedlungswelle aus der DDR – die weiterhin anhält – hätte zwangsläufig zu einer schnellen Wiedervereinigung führen müssen.

Düsseldorf

Manfred Pricha